

stadt

## Pendler sollen am Arbeitsort Steuern zahlen - dafür auch mitstimmen

871 Wörter  
19 Februar 2007  
Basler Zeitung  
15  
Deutsch  
(c) 2007 Basler Zeitung Homepage Address:

der baz-Gast: Professor **Reiner Eichenberger\***

Steuerwettbewerb ist für die Schweiz von überragender Bedeutung. Erstens zwingt er die Kantone und Gemeinden, ihre Leistungen effizient zu erbringen. Zweitens ist er untrennbar mit unserem Föderalismus verbunden. Die Wähler wägen die Kosten und Nutzen staatlicher Leistungen nur dann vernünftig ab, wenn sie die Kosten selbst tragen müssen. Dazu aber müssen die kantonalen und kommunalen Steuern flexibel von den Leistungen abhängen. Solch flexible Steuersätze führen dann ganz automatisch zu Steuerwettbewerb. Drittens sind lokale Steuerautonomie und -wettbewerb unabdingbar für das gute Funktionieren der direkten Demokratie. Wenn die Steuersätze einheitlich wären, könnte lokal nur entschieden werden, wofür Geld ausgegeben wird. Dann würde jede Gruppe nur versuchen, möglichst viele staatliche Mittel auf ihre Projekte zu lenken, ohne dafür bezahlen zu müssen. Für allgemeine Sparsamkeit würde sich aber niemand einsetzen. Werden hingegen die Steuersätze lokal festgelegt, können die Bürger auch entscheiden, wie viel Geld sie ausgeben und ob sie die Steuern senken wollen.

Die stereotype Kritik am Steuerwettbewerb nimmt kaum ernsthaft Bezug auf diese Vorteile. Vielmehr folgt sie dem «Nirwana-Ansatz». Sie misst die reale, unvollkommene Welt mit Steuerwettbewerb an einer wettbewerbslosen, harmonischen Idealwelt, in der die Politiker keinerlei eigene Ziele verfolgen und die Präferenzen der Bevölkerung sowie die Politikwirkung genau kennen. Aber erstens sind Politiker keine solchen «allwissenden Engel». Deshalb braucht es föderalistischen Wettbewerb. Er zwingt die Politiker, auf die Präferenzen der Bürger Rücksicht zu nehmen, und er generiert Information über Lösungsmöglichkeiten und die Präferenzen der Bürger.

Zweitens ist die reale Alternative zu Steuerwettbewerb nicht Gleichheit und eitel Steuerharmonie. Bei Vereinheitlichung und Harmonisierung der Steuern verlagert sich der Wettbewerb auf andere Instrumente - zumeist mit nachteiliger Wirkung. Die Vor- und Nachteile von Föderalismus müssen deshalb durch Vergleiche realer Institutionen und realistischer Vorschläge evaluiert werden. Aus einer solchen Perspektive sind die behaupteten Nachteile des Steuerwettbewerbs entweder inexistent oder können leicht verhindert werden.

Keine Rede von Ruin. Oft wird etwa behauptet, Steuerwettbewerb führe zu einer übermässigen Auszehrung des Staates. Denn die Bürger wandern nicht nur aufgrund der Steuerhöhe ab, sondern wenn das Verhältnis von Leistungen und Steuern schlecht ist. Dann jedoch ist Abwanderung nicht schädlich, sondern nützlich: Sie lenkt die Bürger dorthin, wo die Leistungen günstiger erbracht werden können. Steuerwettbewerb führt deshalb nicht in den Ruin, sondern zu leistungsgerechteren Steuerpreisen. Entsprechend gibt es auch keinerlei Evidenz für ruinösen Wettbewerb und Auszehrung des Staates. Auch in der Schweiz hat die Staatsquote in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen, wenn auch dank Steuerwettbewerb auf tieferem Niveau als bei den Nachbarn.

Schliesslich droht ruinöse Konkurrenz gerade bei Steuervereinheitlichung und -harmonisierung. Je mehr die Kantone und Gemeinden bei der Festlegung ihrer allgemeinen Steuertarife eingeschränkt werden, desto mehr nutzen sie andere Instrumente, insbesondere Steuerschlupflöcher, Spezialabkommen, gezielte Zuwendungen und Subventionen, um gute Steuerzahler und Unternehmungen anzuziehen. Beispiel: aussergewöhnliche Infrastrukturleistungen für Unternehmen. Im Unterschied zu Steuersatzwettbewerb verschlingen solche Wettläufe mit Subventions- und Steuerschlupflöchern Ressourcen und führen zu weit grösserer Ungleichheit.

Wie jedes gute Rennen braucht auch Steuerwettbewerb Leitplanken. Einerseits müssen Steuerkartelle von Kantonen und Gemeinden verhindert werden. Zugleich braucht es einen effektiven Finanzausgleich, der möglichst wenig falsche Anreize setzt. Die Neuordnung des Finanzausgleichs geht in die richtige Richtung.

Die zunehmende Mobilität führt jedoch zu einem Problem für den heutigen Föderalismus. Da die Bürger normalerweise nur an ihrem Wohnort steuerpflichtig und wahlberechtigt sind, haben die Regierungen der Kantone und Gemeinden nur schwache Anreize, sich um die Interessen der Zupendler zu kümmern. Besonders problematisch ist dies in Agglomerationen, wo viele Bürger weit mehr Zeit am Arbeitsort als am Wohnort verbringen und dort auch viele öffentliche Leistungen beanspruchen.

Eine effiziente Lösung muss den Pendlern deshalb nicht nur finanzielle Pflichten auferlegen, sondern

auch politische Rechte einräumen. Die Steuern sowie das Stimmrecht der natürlichen Personen sollten zwischen Wohn- und Arbeitsort zerlegt werden. Die Pendler sollen ein Teilstimmrecht erhalten, das ihrem finanziellen Beitrag entspricht.

Im einfachsten Fall könnten die Steuerpflicht und das Stimmrecht einfach hälftig auf die Wohn- und die Arbeitsgemeinde aufgeteilt werden. Im Idealfall würden die Aufgaben je nach ihrer Nutzung durch Pendler auf zwei neue spezialisierte Gemeinden aufgeteilt, die «Nachtaufenthaltergemeinde» und die «Tagesaufenthaltergemeinde». So können die Pendler diejenigen Leistungen mitfinanzieren und mitgestalten, die sie besonders intensiv nutzen, wie etwa Strassen, öffentliche Verkehrsmittel und Kulturangebot. Für Leistungen hingegen, die sie nicht oder viel weniger beanspruchen, hätten sie weder Pflichten noch Rechte. Beide spezialisierten Gemeinden würden eigene Hebesätze auf der Einkommenssteuer festlegen und ihren Bürgern Stimm- und Wahlrecht einräumen.

Richtige Anreize. Die Steuer- und Stimmrechtszerlegung löst die grössten Probleme des heutigen Steuerwettbewerbs. Wohngemeinden haben keine übermässigen Anreize mehr, mit tiefen Steuersätzen Wegpendler anzuziehen. Die Besteuerung der Zupendler erweitert den finanziellen Spielraum und damit das öffentliche Angebot in den heute stark geforderten Arbeitsorten und gibt diesen Anreize, eine arbeitsplatzfreundliche Politik zu verfolgen. Gleichzeitig bestehen keine Anreize, die Pendler übermässig zu besteuern, weil sonst die Arbeitsplätze an Orte mit besseren Preis-Leistungs-Angeboten abwandern. Weil die Steuer- und Stimmrechtszerlegung zwischen Arbeits- und Wohnort den Steuerwettbewerb zu einem fairen und sicheren Rennen macht, kann diesem dann viel freierer Lauf gelassen werden.

\* Professor **Reiner Eichenberger** ist Leiter des Seminars für Finanzwissenschaft der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema(Center for Research Economics, Management, and the Arts).

Foto Annette Boutellier

Die Steuer- und Stimmrechtszerlegung löst die grössten Probleme des heutigen Steuerwettbewerbs.

BAZ01sta07\_1\_gastbeitrag.xml

Dokument BASLRZ0020070219e32j0002y